

Interpellation Nr. 3 (Februar 2013)

betreffend der Seriosität bei der Deponiesanierung Feldreben im Zusammenhang mit der personellen Besetzung der Geschäfts- bzw. Projektleitung

13.5052.01

Die Gefährdung des Basler Trinkwassers (siehe GPK-Berichte dazu) durch den in der Deponie Feldreben gelagerten Sondermüll ist Grund dieser Anfrage. Der Kanton Basel-Stadt darf in dieser Frage nicht passiv und zurückhaltend sein, geht es doch auch um die Gesundheit seiner Bevölkerung.

In der Deponie Feldreben haben die Vorgängerfirmen von Novartis, BASF und Syngenta bis 1957 nach eigenen Schätzungen 14-25'000 Tonnen meist hochgiftigen Chemieabfall abgelagert. Nach dem Ablagerungsverbot von 1957 wurde die Grube mit Aushub, Bauschutt und Hauskehrichtaufgefüllt. Die technischen Untersuchungen und die Gefährdungsabschätzungen wurden Ende 2007 abgeschlossen. Der Schlussbericht über die Untersuchungen Feldreben geht von einem Sanierungsbedarf aus.

Das Amt für Umweltschutz und Energie Baselland führt seit Herbst 2008 Rund-Tisch-Gespräche über die Ausgestaltung und Durchführung der Sanierung durch.

Gemäss Medienberichten vom 23. Januar 2013 wirft die Allianz Deponien Muttenz Fragen zur Besetzung der Projektleitung der Deponiesanierung Feldreben in Muttenz auf. (Franziska Ritter ist Geschäftsleitungsmitglied und vom Runden Tisch angestellte Koordinatorin. Gleichzeitig ist sie jedoch Verwaltungsratspräsidentin der BCI Betriebs AG, die im Namen der drei Konzerne BASF, Syngenta und Novartis die Chemiemülldeponie Bonfol im Kanton Jura aushebt. Mitglieder des BCI-Verwaltungsrates von Novartis und Syngenta sitzen aber auch in der Technischen Fachkommission Feldreben, die Chemiemüll der beiden Firmen enthält. Diese Fachkommission berät den Runden Tisch). Basel-Stadt ist in diesen Gremien ebenfalls vertreten.

Diese Interessenkonflikte im Zusammenhang mit der Finanzlage des Kantons Baselland lassen befürchten, dass es nicht zu einer für die Umwelt (und damit für das Basler Trinkwasser) optimalen Sanierung sondern zu einer möglichst kostengünstigen Sanierung kommen kann. (Der Kanton Baselland hat die Deponie gekauft.) Je nach Sanierungskonzept wird diese bis zu 650 Mio Franken kosten.

Ich bitte um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Seit wann wissen die Vertreter von Basel-Stadt von den mehrfachen Jobs Ritters und ihrer VR-Kollegen? Wurde Basel-Stadt darüber in Kenntnis gesetzt? Wann und wie?
2. Was hält die Regierung von den von ADM beschriebenen Interessenkonflikten? Würde sie ähnliche Konstrukte wie in Muttenz für Baselstädtische Projekte zulassen?
3. Kennt die Regierung andere Grossprojekte, wo die Chemie- und Pharmafirmen ähnlich durchsetzen Einfluss nehmen?
4. Wie kann durch Basel-Stadt garantiert werden, dass die Interessenkonflikte zwischen dem Kanton Basel-Landschaft und den involvierten Chemie- bzw. Pharmaunternehmen nicht zu einer Minimallösung bei der Sanierung der Deponie und damit zu einer längerfristigen Gefährdung des Basler Trinkwassers führt?
5. Wie ist der Kanton Basel-Stadt in den Entscheidungsfindungsprozess der Sanierungsmassnahmen involviert? Welchen Einfluss hat er auf den Entscheid?
6. Welche Garantien können in obigem Zusammenhang für den Schutz des Basler Trinkwassers eingefordert und durchgesetzt werden?
7. Wegen der Finanzlage des Nachbarkantons und dessen allfällige Kostenbeteiligung an der Sanierung ist zu befürchten das diese Mittel anderweitig (beispielsweise bei gemeinsamen Projekten mit Basel-Stadt) eingespart werden. Wie kann sich Basel-Stadt dafür einsetzen, dass die Kosten volumnfänglich von den Verursachern getragen werden?
8. Wie gross ist die Gefahr, dass Basel-Stadt aus den Baselbieter personellen Verflechtungen Kosten entstehen?
9. Da Basel-Stadt in diesem Gremium vertreten ist, stellt sich die Frage: entspricht die personelle Besetzung den Vorgaben des Regierungsrates bezüglich Corporate Governance?

Michael Wüthrich